

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Goldmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: für die Zeile 0,40 Goldmark (Reklame 1,20 Goldmark) zur Zeit der Zahlung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

War die Gewerkschaftsarbeit vergeblich?

Mißmutige, haltlose, Beitragscheue und sonstige Kleingeister erzählen es laudab, laudab: „Die Gewerkschaften haben versagt. Es ist nicht besser, sondern schlechter geworden. All unser Kämpfen und Opfern war umsonst.“ Mit ihnen setzt sich in der Zeitschrift „Deutsche Arbeit“ Kollege Martin Fromm auseinander. Seine Ausführungen sind so lehrreich, daß wir sie zu Ruh und Frommen aller Gewerkschaftsmüden und Gewerkschaftsverdrissenen hier folgen lassen:

Einer der charakteristischsten Züge unserer Zeit ist ein großer Mangel an geschichtlichem Denken. Man lebt nur dem Augenblicke, sieht nur den Tag, die Stunde, ohne sich viel Gedanken zu machen, wie sich das Heute aus dem Gestern und Morgen entwickelt hat, und welchen Einfluß die Maßnahmen von heute auf eine fernere Zukunft ausüben werden. Am auffallendsten ist dieser Mangel in der Denkweise der Lohnarbeitenden Schichten ausgeprägt. In weiten Arbeitnehmerschichten hält man die wirtschaftliche und soziale Stellung der Arbeitnehmerschaft im Rahmen der Gesamtwirtschaft und im Volksganzen, an der die leitenden Instanzen der gewerkschaftlichen Bewegung jahrzehntelang in nervenzermürbender, ruheloser Arbeit geschäft haben, für eine Selbstverständlichkeit. Viele sehen, wie ein Kind keine Ahnung des Uhrzeigers, überhaupt keine Fortbewegung. Andere glauben, diese geringen Fortschritte wären auch von selbst, ohne Zutun der gewerkschaftlichen Instanzen, gekommen. Nur auf dem Resonanzboden einer solchen Denkweise kann die Agitation des extremen Links- und Rechtsradikalismus in den arbeitenden Schichten heute ein so starkes Echo finden. Nur so ist es zu verstehen, daß es heute gemeinschaftzerstörende politische Agenten wagen dürfen, ohne Widerspruch und energische Abweisung behaupten zu müssen, in Arbeitnehmergesellschaft zu behaupten, die Gewerkschaftsbewegung habe versagt, habe sich als ohnmächtig und zwecklos erwiesen, all die vielen Millionen Gewerkschaftsbeiträge seien vergebens geopfert worden, es würde trostlos viel schlechter, und könnte auch ohne Gewerkschaften nicht viel schlechter sein. Die heutige antisoziale Welle im Lande und ihre Auswirkungen zeigen, daß die Gewerkschaften nicht helfen könnten. Sie seien tot, erledigt, und würden auch nie wieder zur Bedeutung gelangen. Die Arbeitnehmerschaft müsse sich nach anderen, wirksameren Instrumenten zur Wahrnehmung ihrer Interessen umsehen. — Da die

Entwicklung der Lage der arbeitenden Schichten

keine gleichmäßig verlaufende Linie bildet, sondern stark von den jeweiligen Konjunkturen beeinflusst wird, müssen zur Beurteilung der Frage, ob und inwieweit es vorwärts, oder ob es rückwärts gegangen ist, die Verhältnisse in größeren, einige Jahrzehnte umfassenden Zeitabschnitten als Vergleichsmaßstäbe herangezogen werden. Auch die Verhältnisse und die Lage der Gesamtwirtschaft in den zu vergleichenden Zeitabschnitten müssen mit gewürdigt werden.

Wie hat es ausgesehen, als die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland in den Kinderschuhen steckte und in den meisten Orten noch gar nicht vertreten war? Dem Schreiber dieser Zeilen sind die Verhältnisse Ende der achtziger Jahre aus eigenem Erlebniß noch in guter Erinnerung. Vater und Mutter waren in einem größeren keramischen Betrieb in einem etwa 3000 Einwohner zählenden bayerischen Industriorte beschäftigt. Der Vater verdiente bei elfstündiger Arbeitszeit arbeitstäglich 1,90 M. Im Sommer ist es häufiger 1-2 Stunden länger geworden, ohne daß es dafür eine Mehrvergütung gegeben hätte. Die Mutter verdiente bei elfstündiger Arbeitszeit 1,30 M. Dabei wurde ihr aber eingeschärft, niemandem zu sagen, daß sie so viel verdient, weil es sonst die anderen, die weniger leisten und weniger Dienstjahre im Betrieb haben, auch veranlagen. Wenn die Glasmacher am Orte damals einmal auf 20 M in einer Woche gekommen sind, so galt das schon als ein unerhört glänzendes Einkommen. So ähnlich war es auch anderwärts. In der Textil-, Chemischen und Papierindustrie waren Tageslöhne von 1,60 bis 2,20 M für elfstündige Arbeitszeit für Facharbeiter an der Tagesordnung. Der ortsübliche Tageslohn, der in den achtziger und neunziger Jahren in der Hauptsache die tatsächlichen Löhne der ungelerten Arbeiter widerspiegelte, betrug noch 1901 in Berlin 2,90 M, in Breslau 2,40 M, in Oppeln 1,50 M, in Halberstadt 2 M, in Osnabrück 2,20 M, in Wilhelmshaven 2,20 M, in Düsseldorf 2 M, in Amberg 1,80 M, in Regensburg 2,10 M, in Landeshut 2 M. — alles für erwachsene männliche Arbeiter. Die Durchschnittslöhne der Steinbrüche, Zement- und Kalkarbeiter betragen 1886 nach dem amtlichen Bericht der Steinbruchsberufsgenossenschaft 646 M, im Jahre 1888: 655 M, und im Jahre 1890:

725 M. Dabei waren die Kosten der Lebenshaltung keineswegs um so viel niedriger, als die Löhne geringer waren. So betrug z. B. der Großhandelspreis für einen Doppelzentner Kartoffeln in Berlin im Jahrschnitt 1881-1885: 4,10 M, in den Jahren 1906-1910: 4,70 M. Der Weizenpreis betrug je Tonne im Jahre 1881: 220 M, im Jahre 1912: 217 M; Roggen kostete je Tonne 1881: 195 M, 1912: 186 M; Schweinefleisch 1 Doppelzentner Schlachtgewicht in Berlin 1898: 111 M, 1912: 142 M; 1 Doppelzentner Ochsenfleisch kostete 1898: 113 M, 1912: 166 M; 1 Doppelzentner Rindfleisch 1898: 102 M, 1912: 146 M. Nach der Zunderberechnung Calwers betragen die wöchentlichen Lebenshaltungskosten für eine vierköpfige Familie im Reichsdurchschnitt 1896: 19,01 M, und im Jahre 1913: 25,69 M. Der jährliche Aufwand für eine Kleinwohnung mit 1 Stube, 1 Kammer und Küche betrug in Offenburg 1905: 144 M, 1912: 192 M; in Chemnitz 1905: 250 M, 1912: 270 M; in Regensburg 1905: 200 M, 1912: 225 M; in Kassel 1905: 200 M, 1912: 250 M.

Aus all dem Angeführten ergibt sich, daß wohl in den achtziger und neunziger Jahren die Kaufkraft des Lohnes eine bessere war, wie 1912 und 1913, daß aber die Löhne während dieses Zeitraumes doch in einem viel stärkeren Verhältnis gesteigert werden konnten. Damals gab es keine Tarifverträge, aus denen jeder Arbeiter seinen Lohn errechnen konnte.

Die Entlohnung erfolgte nach Willkür

Jeder erfuhr erst am Lohnstage, was er verdient hatte. Bei Stücklohn hatten die Arbeitnehmer alle möglichen Risiken zu tragen. In der feinerkeramischen Industrie ging jeder Bruch, auch wenn er unzweifelhaft durch unzuverlässige Rohstoffe oder mangelhafte Betriebsanrichtung, oder Unvorsichtigkeit einer der vielen Personen im Betriebe, durch deren Hände das Produkt zu gehen hatte, verursacht war, zu Lasten des Stücklohnarbeiters. Es gab Lohnstage, an denen manche Arbeiter für 120- bis 150stündige angestrengte Arbeit keine 10 M nach Hause brachten. In verschiedenen Zweigen der Glasindustrie, der Ziegeldindustrie und einer Reihe von anderen Industrien bestand ein Zwischenmeisterystem, wodurch die Zwischenmeister zur schlimmsten Ausbeutung aller in ihrer Kolonne beschäftigten Arbeiter gezwungen wurden. Viele Ziegeleiarbeiter wurden gezwungen, den größten Teil ihres Barlohnes die ganze Kampagne über stehen zu lassen. Zum endgültigen Auszahlungstermin war der „Affordant“ verschunden, und die Arbeiter hatten umsonst gearbeitet. Ähnlich war es in verschiedenen Zweigen des Tiefbaugewerbes. Die Unterkunftsverhältnisse auf den Sommerzegeleien, in den Baracken bei Bahn- und Kanalbauten und dergleichen, spotteten jeder Beschreibung. Die Verpflegung in den Kantinen stellte ein ungeheures Ausbeutungssystem dar. Kantinenwirte — auch in vielen großen Betrieben — waren die Meister. In manchen Betrieben wechselten sich die Meister des ganzen Betriebes halbjährlich ab. Wer nicht einen beträchtlichen Teil seines Lohnes in der Kantine in Bier und Schnaps umsetzte, bekam die schlechteste Arbeit, konnte trotz allen Fleißes nichts verdienen, war aber bei Entlassungen unter den ersten.

Die Behandlung

war, namentlich in Zeiten störenden Geschäftsganges, in vielen Betrieben nahezu sklavisch. Schreiber dieser Zeilen war wiederholt Zeuge, daß alte, ergrante Männer mit der Faust vor die Brust gestoßen wurden, weil sie nicht mehr schnell genug laufen konnten, oder andere Arbeiter von den Vorgesetzten mit Holzlaten bearbeitet wurden, weil sie ein Wort der Rechtfertigung gewagt hatten. Frauen und Mädchen, die sich an Vorgesetzte, Meister usw. hingaben, wurden in vielen Betrieben in allem bevorzugt, waren in den Personalakten als die besten Bedienten ihrer Gruppe, auch wenn sie viel weniger als andere arbeiteten. Arbeiterinnen, die sich Zweideutigkeiten und Handgreiflichkeiten energisch verbat, wurden schikaniert und bei jeder Kleinigkeit mit Entlassung bedroht. Beschwerden bei der Betriebsleitung oder Direktion endeten in 95 v. H. der Fälle mit stiller Entlassung des Beschwerdeführers. Das bewirkte, daß Beschwerden, trotz aller Klagen, immer seltener wurden. Auf die geringe Kraft der Jugendlichen wurde keine Rücksicht genommen. Es gab keinen noch so heißen Ofenraum oder keine noch so staubige Schwindsuchtzelle, in der sich nicht Jugendliche fanden. Kam einmal der Gemeinheitsinspektor in den Betrieb, was damals sehr selten war, so rannten die Meister während der Vorstellung im Kontor durch den Betrieb, jagten die Jugendlichen durch rückwärts gelegene Ausgänge hinaus, stellten die schlimmsten Gefahrenstellen ab und trafen sonst die ihnen nötig erscheinenden Maßnahmen. Ganz wirklich ein Aufzichtsbeamter trotzdem noch etwas zu beanstanden, so wurde meist von Anzeigen Abstand genommen. Wurde schließlich nach vielen fruchtlosen Verwarungen doch eine Anzeige erpartet, so gab es eine Geldstrafe von 2-20 M.

Ein Vergleich der vor mehr als 20 Jahren von Professor Sommerfeld festgestellten

Krankheits- und Sterblichkeitsziffern

in der Porzellanindustrie mit den neueren Feststellungen des Herrn Geheimrats Dr. Lehmann ergibt, daß in einem Zeitraum von kaum zwei Jahrzehnten eine ganz bedeutende Besserung eingetreten ist. In der Sandsteinindustrie dürften neuere Erhebungen ebenfalls ergeben, daß unter den Einwirkungen der gewerkschaftlichen Arbeit eine ganz erhebliche Verbesserung gegenüber den in den achtziger und neunziger Jahren festgestellten, sehr traurigen Gesundheitsverhältnissen nachzuweisen ist. Unter den Einwirkungen der damaligen Zustände in den Steinbruchbetrieben kamen in den Jahren 1886 bis 1888 jährlich 212 bis 228 tödliche Unfälle auf 1000 Vollarbeiter; im letzten Jahrzehnt konnte diese Zahl, abgesehen von den Kriegsjahren, wo besondere Verhältnisse vorlagen, auf 150 bis 157 herabgedrückt werden. In anderen Industriezweigen werden sich ähnliche Feststellungen machen lassen. Ist die Lage der Unfallverletzten oder sonst in ihrer Erwerbsfähigkeit behinderten Arbeiter heute sicher keine beneidenswerte, so war sie in der vorgewerkschaftlichen Zeit geradezu verzeißelt. Nur ganz wenige waren es, die von dem Instandzug etwas wußten und imstande waren, von den Rechtsmitteln Gebrauch zu machen. Die Krankenversicherung — für die meisten Arbeiter damals in der Form der Gemeindekrankenversicherung und der Betriebskrankenassen — arbeitete außerordentlich mangelhaft. Tausende schleppten sich, um ihre Familie nicht hungern sehen zu müssen, mit krankem Körper in die Betriebe, und holten sich so frühzeitigen Tod oder dauerndes Siechtum. Eine Selbstverwaltung der Arbeiter oder auch nur eine Mitwirkung derselben an der Krankenversicherung war namentlich in den kleineren Orten praktisch völlig ausgeschlossen. Für Arbeitslose gab es keinerlei Unterstützung. Die gemeindliche Armenpflege, die besonders in den kleineren Orten sehr primitiv wirkte, deren Finanzgrundlage den Bezücker ächtete und auf Jahre hinaus seiner politischen Rechte beraubte, war die einzige Hilfe, die dem Arbeitslosen zur Verfügung stand. In verschiedenen Gegenden Süds- und Westdeutschlands und auch in anderen Gegenden bestanden geheime Abmachungen der Arbeitgeber ganzer Bezirke, daß Arbeiter, die ihr Arbeitsverhältnis selbst gelöst hatten, von keinem anderen Unternehmer des Bezirkes eingestellt werden durften. Die Metallindustrie, die Glasindustrie und noch andere Industrien hatten sich besondere Arbeitgeber-Arbeitnehmer eingetrichtert, bei denen nicht selten eine geheime Kennzeichnung der Arbeiter erfolgte, gegen die sich niemand wehren konnte, die hunderte Familien in langdauernde bittere Bedrängnis brachte. — Ueber

Die kulturelle Lage der Arbeiter

in der vorgewerkschaftlichen Zeit ließen sich Bände füllen. Die aus der Landwirtschaft, dem Handwerk und aus sonstigen im Proletariat geschleuderten Erfahrungen zusammengewürfelte Arbeiterethik konnte kaum ein Selbstbewußtsein, kein Standesbewußtsein. Viele schämten sich, Lohnarbeiter, Fabrikler zu sein. Die technischen und kaufmännischen Angestellten in den Betrieben, die oft selbst kaum das Notwendigste zum Leben hatten, trugen den Arbeitern gegenüber nicht selten ein gewaltig übertriebenes Selbstbewußtsein zur Schau. Viele freuten sich, andere die Überlegenheit ihrer Stellung möglichst hart fühlen zu lassen. Für die Frage geistiger Bildung war wenig Zeit, aber auch wenig Gelegenheit. Keiner empfand man danach auch nicht viel Bedürfnis. Die Verhältnisse waren sehr primitiv. Manchmal haupen zwei Familien in einem einzigen Raum, der mit einem Kreidestrich abgeteilt war. Familien mit sechs und acht Köpfen in einem einzigen Raum, der Wohnraum, Küche, Schlafraum und Aufbewahrungsort für Lebensmittel und Rohstoffe, Brennmaterial und dergleichen und Arbeitsraum zugleich war, waren keine Seltenheiten. Mit der Sonntagsfeier war es an vielen Orten recht schlecht bestellt. In vielen Betrieben wurde vormittags gearbeitet. Als man später doch nicht den ganzen Betrieb laufen lassen konnte, wurde von den Ausnahmbestimmungen der Reichsgewerbeordnung bei willkürlicher Auslegung so weitgehender Gebrauch gemacht, daß doch jeden Sonntag eine Anzahl Arbeiter wenigstens einige Vormittagsstunden im Betrieb sein mußte.

Viele Arbeitgeber haben ihren Arbeitern vorgeschrieben, welche Zeitung sie halten durften, welche Kandidaten sie in den Gemeinderat, in den Landtag und Reichstag zu wählen hatten. Viele Betriebe haben ihre Arbeiter geschlossen und unter Aufsicht zur Wahl geführt. Entlassungen und schwere Schikanen wegen Widersprechlichkeit in diesen Dingen sind nicht nur im Saargebiet vorgekommen.

Auf dem Boden solcher Verhältnisse mußte: Alkoholismus, Kriecherei und Demuniziantentum, sittlicher Verfall und Zerrüttung des Familienlebens hervorgerufen. Es ist nicht möglich, im Rahmen eines Aufsatzes ein er-

schöpfendes Bild der Verhältnisse der deutschen Arbeiterschaft aus der vorgewerkschaftlichen Zeit zu geben. Aber schon diese Andeutungen dürften genügen, den Bergelichten unter der jüngeren Generation zu zeigen, daß es nicht immer so gewesen ist, wie in den letzten zehn Jahren. Dabei besand sich Deutschland damals, von einigen vorübergehenden Wirtschaftskrisen abgesehen, in einer mächtig aufsteigenden Wirtschaftsentwicklung. Es strömten Gelder aus fast allen anderen Ländern in das neue, politisch so mächtige, siegreiche Deutschland herein. Niejenvermögen fand damals in wenigen Jahren von vielen Industriekapitänen und Bankleuten aufgehäuft worden. Heute leben wir in einer durch den langen Weltkrieg erschöpften, durch das Friedensdiktat weit über ihre Tragfähigkeit belasteten rückläufigen Wirtschaft.

Ein Vergleich der Lage der deutschen Arbeiterschaft in der mehr oder minder vorgewerkschaftlichen Zeit mit der heutigen ergibt die unbestreitbare Tatsache, daß in wenigen Jahrzehnten hier

eine gewaltige Veränderung

vorgegangen ist, so tiefgreifend und alle Gebiete des Arbeiterdaseins umfassend, wie man es damals bestimmt nicht für möglich gehalten hätte.

Früher war der Arbeitgeber der unumschränkte, absolutistische Gewalthaber; heute bestimmen der mit wertvollen gesetzlichen Rechten ausgestattete Betriebsrat, und das mit der gewerkschaftlichen Interessenvertretung der Arbeiter gemeinschaftlich geschaffene Gesetz, der Tarifvertrag, was Rechtens ist im Betriebe. Geregelt ist Arbeitszeit, Einschränkung der Nacht- und Sonntagsarbeit auf das nötigste Maß, Ueberstundenvergütung, Urlaub, Bestimmung über Arbeitsabnahme bei Stüdlohn; überall Zusicherungen der alten Mißstände, Ordnung, Mitbestimmung. Die Arbeiterschaft wohnt und lebt viel besser, ist besser gekleidet und körperlich gesünder. Ein großer Teil der Arbeiter ist durch die Schule der Gewerkschaften gegangen, hat solidarisches Denken und Handeln gelernt, ist befähigt, in der Betriebsvertretung, in der Sozialversicherung, in den paritätischen Arbeitsnachweisen, in der Arbeitsgerichtsbarkeit, in der Verwaltung des Kreises und der Gemeinde mit gutem Erfolge mitzuwirken. Die Arbeiter haben heute einen Stab kräftig geschulter, aus ihren eigenen Reihen hervorgegangener und in engerer Verbindung mit ihnen stehender Vertreter, die befähigt sind, die Arbeiterbelange auch den kenntnisreichsten, akademisch gebildeten Arbeitgebern und den gerissensten Syndikalis verfeßten gegenüber, sowie gegenüber den höchsten Regierungsstellen und deren Bürokratie in den Tarifgemeinschaften und Parlamenten wahrzunehmen und in Wort und Schrift zu verfechten. Eine bedeutende Presse und Literatur ist vorhanden, die der Arbeitnehmerjahre dienen. Es gibt kaum eine Frage in Wirtschaft und Politik, zu der nicht auch vom Standpunkt und Interesse der Arbeiterschaft aus öffentlich Stellung genommen wird. Der Alkoholismus ist zurückgedrängt. Hunderttausende sind durch Verringerung der sanitären Einrichtungen vor Berufskrankheiten und frühem Tod bewahrt geblieben.

Nam das alles von selbst?

Jedem, der diese mühseligen Kämpfe mitgemacht hat, der miterlebte, wie ein Stückchen nach dem andern den Arbeitgebern und anderen ihnen freundlichen Gewalten abgerungen werden mußte, dem drängt sich bei einer solchen Frage ein mitleidiges Lächeln auf.

Eine solche Frage kann nur stellen, wer sich, während andere kämpften und opferten, von aller gewerkschaftlichen Arbeit ferngehalten hat und sich, einem Hurdiebe gleich, an den Früchten fremder Arbeit bereicherte; wer in bewundernswürdiger Unwissenheit und Bestrentheit wie eine Ahnung hatte von den gewaltigen Hindernissen, die der gewerkschaftlichen Arbeit überall entgegengefeßt wurden; von den vielen Maßregelungen, von schwarzen Listen, den Sozialabstreibungen, der Heranziehung ausländischer Streikbrecher, wie Hunde auf Gewerkschaftsführer gehetzt wurden; von den Uebergriffen von Vandalen in den Gewerkschaftsversammlungen und verglichen. Aber es können sehr jugendliche Personen sein, die so fragen; die das von den Gewerkschaften gemachte Welt fertig vorgefunden haben, und in kindlicher

Naivität glauben, daß sei schon immer so gewesen. Sie brauchen bloß nach anderen Ländern Ausschau zu halten, wo keine oder nur mangelhafte gewerkschaftliche Arbeit geleistet worden ist.

Was wäre aus der deutschen Wirtschaft nach dem Kriegszusammenbruch

und der Revolution geworden, wenn nicht die Gewerkschaften mit Hilfe der Arbeitsgemeinschaften die Wirtschaft wieder in Gang gebracht und die zurückstulenden Heeresangehörigen schnell wieder an die Arbeit und in Verdienst gebracht hätten? Ein millionenhaftes Massensterben, wie in Rußland, wäre unvermeidbar gewesen.

Die Erfolge der gewerkschaftlichen Arbeit eines Landes lassen sich nur beim Ueberschauen größerer, einige Jahrzehnte umfassender Zeitaltschnitte voll erfassen. Die gewerkschaftlichen Erfolge können nicht Monat für Monat in regelmäßigen Gleichmaß wie die Arbeitsergebnisse aus einer Maschine zutage treten, weil die gewerkschaftliche Arbeit von sehr ungleich wirkenden Faktoren, wie Gang der Wirtschaft, geistige und politische Strömungen, wirtschaftliche Kräfteverschiebungen und dergleichen beeinflusst, teils gehemmt, teils gefördert wird. Es gibt Zeiten, in denen eine Lohnerabsetzung von 10 oder 15 v. H. gegenüber einer stürmisch gewollten Lohnföhrung um 40 v. H., oder die Anerkennung der Organisation einen größeren Erfolg bedeutet, als zu einer anderen Zeit eine Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung in doppeltem Ausmaße. Was will es gegenüber allen diesen Erfahrungen bedeuten, wenn die Gewerkschaften heute unter dem Druck der furchtbaren Wirtschaftskrise, die wir je erlebt haben, in Lohn- und Arbeitszeitfragen einige Punkte zurückgedrückt werden? Wenn nicht die Arbeiterschaft selbst ihr eigenes Kraftzentrum zerstört, wird sich das jetzt ihr teilweise Abgepreßte in absehbarer Zeit wieder zurückholen lassen. Gewerkschaftsarbeit hat immer Geduld und zähe Ausdauer erfordert. Sie ist auch heute Geduldsarbeit, und wird es immer bleiben. Wenn es der deutschen Arbeiterschaft mit Hilfe der gewerkschaftlichen Arbeit in den nächsten drei bis vier Jahrzehnten gelingt, in demselben Maße wie in den lehtbergangenen drei bis vier Jahrzehnten vorwärts zu kommen, dann wird sie maßgebend den Gang der deutschen Wirtschaft mitbestimmen und unter Berücksichtigung der Tragfähigkeit der deutschen Wirtschaft gegenüber den anderen Volkswirtschaften sozial und wirtschaftlich mit an die Spitze der Arbeiterschaft der Welt treten.

Ein evangelisch-soziales Programm

Die evangelische Kirche hat bereits in früheren Jahren versucht, zu den sozialen Problemen im deutschen Volke Stellung zu nehmen. Schon im Jahre 1890 trat der evangelische Oberkirchenrat durch eine Kundgebung, die einen hoffnungsvollen Anfsatz christlich-sozialer Arbeit bedeutete, öffentlich hervor. Diese erfreulichen Ansätze erfuhr jedoch später durch die offiziellen Organe der evangelischen Kirche leider nicht mehr die notwendige Förderung. Im Jahre 1895 trat sogar ein starker Rückschlag ein. Einzelne bedeutende und kraftvolle Männer, wie z. B. Viktor Aime Huber, Rodbertus, v. Thümen, Johannes Hinrich Wichern, von Bodelschwingh, Fr. Ludwig Weber, Adolf Stöcker, Dr. Mumm u. a., ließen trotz aller Schwierigkeiten und Widerwärtigkeiten immer wieder den Ruf zu sozialer Reformarbeit ergehen. Die erstenannten haben dies weit-ausgehend bereits in der ersten Zeit der Entwicklung Deutschlands zum Industriestaat. Der Erfolg dieses Wirkens zeigte sich in der Schaffung praktischer, sozialer und charitativer Einrichtungen. Die offizielle Kirche legte den Hauptwert auf den Ausbau der charitativen Einrichtungen. Auf die gegenwärtige Auswirkung dieser Bestrebungen kann hier im Augenblick nicht im besonderen eingegangen werden. Was uns jedoch in der Gegenwart, vom sozialen Standpunkt aus betrachtet, auf

das lebhafteste interessieren muß, ist nimmehr die Tatsache, daß die leht verbündeten evangelischen Landeskirchen auf dem lehten Deutschen Evangelischen Kirchentag, der vom 13. bis 17. Juni d. J. in Bethel bei Bielefeld in den Bodelschwinghischen Anstalten stattfand, zur sozialen Frage, insbesondere auch zu den brennenden Fragen der Gegenwart, öffentlich und einmütig Stellung genommen hat. Von Professor D. Litz u. Berlin wurde ein Vortrag über evangelisches Ehe- und Familienleben und seine Bedeutung in der Gegenwart, und von Prälat D. Scholl-Stuttgart ein solcher über „den evangelischen Berufsgedanken und das Arbeitsleben der Gegenwart“ gehalten. Der lehtgenannte Vortragende ging besonders auf das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein und setzte sich entschlossen für die Durchföhrung christlicher Grundsätze, auch in den Fragen des öffentlichen Lebens, ein. Der Deutsche Evangelische Kirchenbund hatte sich bereits in seinem sozialen Ausschuss mit einer äußerst bedeutamen sozialen Kundgebung beschäftigt. Dr. Mumm vertrat mit vollem Erfolg auf dem Kirchentag einen Antrag des sozialen Ausschusses evangelischer Arbeitsorganisationen, der die unverzichtliche Anstellung hauptamtlicher Fachleute (Männer und Frauen, Theologen und Nichttheologen) für die sozialen Aufgaben, die allgemeine Durchföhrung kirchlich-sozialer Ausbildungskurse und die tatkräftige Förderung der auf sozialem Gebiet tätigen Verbände für ein dringendes Bedürfnis erklärte und den Kirchenausschuss aufforderte, sich mit Nachdruck bei den einzelnen Kirchenregierungen für diese Ziele einzusetzen. Der Kirchentag nahm sodann nach einem Referat des sächsischen evangelischen Landesbischofs D. Schmels eine gründlich vorbereitete Kundgebung einmütig an, die zu den Fragen des öffentlichen Lebens folgendes sagt:

„Wenig ist heute von dem Sinne und Geiste zu spüren, der in dem anderen Menschen ein Gotteskind und einem Bruder sieht. Menschenverachtung gilt vielen als vornehm, Klaffenhochmut als Standespflicht, Ausnützung der Lage, unbekümmert um das Wohl und Wehe anderer, als Geschäftstätigkeit, Selbstsucht, die nur an den eigenen Vorteil denkt, als selbstverständlich. Seelische Verflachung und gegenseitige Verbitterung sind die unausbleiblichen Folgen. Gott fragt aber nicht, ob arm oder reich, vornehm oder niedrig, gelehrt oder ungelehrt. Erst der innere Wert oder Unwert macht den Unterschied aus, schon in der Zeit und erst recht in der Ewigkeit.

Solcher Mangel an echt christlichem Geist und Brudersinn ist es auch, der zu der unheilvollsten Vergiftung des Wirtschaftslebens und der furchtbaren Verschärfung der sozialen Gegensätze geführt hat, welche unsere ganze Zukunft und Besitzung bedrohen.

Gewiß folgen die wirtschaftlichen Ordnungen auch eigenen Gesetzen, und den Kämpfen um ihre Ausgestaltung und Fortentwicklung kann und soll die Berechtigung nicht verjagt werden. Aber es kommt auf den Geist an, in dem diese Kämpfe geführt werden. Gerade die Erfahrungen der lehten Jahre zeigen, daß alle Versuche, das wirtschaftliche Leben allein auf äußeren sozialen Forderungen und Maßnahmen aufzubauen, scheitern und nicht zum Frieden führen. Der Grund liegt zutage. Wahrheit soziale Gesinnung stammt aus dem christlichen Glauben, mit dem die Heberzeugung von dem unergleichlichen Wert der Menschenseele, die Pflicht zur Brüderlichkeit und zum opferwilligen Dienen, das Bewußtsein der Verantwortung vor Gott, und als oberstes Ziel das Reich Gottes gegeben ist. Nur auf christlichem Boden sind die sozialen Forderungen vernünftig und ist ihre Verwirklichung möglich. Gewiß setzt die Verwirklichung eine feste wirtschaftliche Ordnung voraus, aber diese Ordnung kann nur durch soziale Gerechtigkeit bringen, wenn sie beachtet, daß der Mensch unendlich wichtiger ist als alle Sachwerte.

Von hier aus kann unser Volk wieder die rechte Stellung zu Besitz, zu Arbeit und Beruf und zu dem Wirtschaftsleben gewinnen. Eigentum, wenn ehrlich erworben, ist nicht Diebstahl; aber es ist für den Christen keine Sache, mit der er beliebig schalten und walten darf, sondern ein anvertrautes Gut, über das er Gott Rechenschaft zu geben hat, und das eine Quelle des Segens nicht nur für den Besitzer, sondern auch

Wo willst du stehen?

Don wo aus sehen?
Und sichten und sorgen?
Was soll entscheiden?
Gestern? heute? oder morgen?

Der erst wird die Zeit erfassen
Und ein stiller Führer sein,
Der hinaus über heute,
Der von morgen aus entscheidet;
Der da wie ein Vater seines
Kindes Wünsche lenkt und leitet,
Daß es unbewußt erfüllt,
Was in seinem Stei vielleicht erst
Jahre später sich enthüllt!

Esler Glasölen.

Volkswirtschaftliche Begriffe

III. Bedürfnisse

Jeder ist berechtigt, sie zu stillen. Das Stillen der Bedürfnisse übertrage alle anderen Handlungen des Menschen. Da der Bedürfnisse willen wirtschaften die Einzelnen und die Völler. Sie bedarf einer Sache, heißt: mich selbst, mit managet sie, ich verlange nach ihr, und dann: Ich verführe ein Unbehagen, weil ich sie nicht habe oder nicht bekommen kann. Dieses Unbehagen ist Unlust, und Unlust ist etwas Selbstliches: etwas, was zwar an den Reizen und Gebärden äußerlich sichtbar werden kann,

was aber doch nicht greifbar ist, und gerade deshalb ist die Erklärung der Bedürfnisse so schwierig.

Gewisse Bedürfnisse hat jeder Mensch, und er muß sie befriedigen, wenn er leben und gedeihen will. Aber die Zahl und die Art der Bedürfnisse ist fast bei jedem Menschen anders, ebenso die Stärke der sich geltend machenden Bedürfnisse. Zahl, Art und Stärke der Bedürfnisse hängen von der Veranlagung, Erziehung, Schulung, Selbstbildung, von der Umgebung, vom Beruf, vom körperlichen Befinden und vom Alter ab. Diese Erkenntnis ist für die Wirtschaftler sehr wichtig. Denn sie müssen sich auf diese Bedürfnisse einstellen.

Die Herstellung der Güter muß sich nach dem Bedarf richten. Der Bedarf ist die Gesamtheit der Bedürfnisse. So hat ein Mensch einen gewissen Gesamtbedarf und ein Volk ebenfalls. Dieser Bedarf aber ist nicht etwas, was ein für allemal gleichbleibt, sondern er wechselt mit den Jahren, mit Ortsveränderungen und mit neuen Einfichten. Die Bedürfnisse werden in dringliche und weniger dringliche eingeteilt oder in Natur- und Kulturbedürfnisse. Naturbedürfnisse sind: Nahrung, Kleidung, Wohnung; Kulturbedürfnisse: Tejeffst, Kunst, Musik, Sphauspiele und dergleichen. Gelegentlich wird auch von Luxusbedürfnissen und von Entartungsbedürfnissen gesprochen. Was aber Luxus ist, läßt sich nicht so ohne weiteres bestimmen. In früheren Zeiten galt manches als Luxus, was heute als selbstverständlich hingenommen wird, und auch heute noch wird manchem etwas als Luxus erscheinen, was der andere für unentbehrlich hält. Bis zu einem gewissen Grade wird es schon Meinungsache bleiben, was als nötig gilt und was als Luxus anzusehen ist. Als Entartungsbedürfnisse gelten alle unvernünftigen, schädlichen und unünftlichen Bedürfnisse.

Damit ist die Liste der Bedürfnisse aber noch nicht erschöpft. Eine bestimmte andere Gruppe ist: Anstandsbedürfnis, Religionsbedürfnis, Bedürfnis nach Macht und Einfluß, nach Auszeichnung und Keinslichkeit.

Volkswirtschaftlich sachkundige und geschulte Köpfe sind bei der Befriedigung der Bedürfnisse nicht nur auf den Augenblick bedacht, sondern auch auf die Zukunft. Naturvöller, Kinder und leidenschaftliche Menschen dagegen denken nur an den Augenblick und wirtschaften nur dafür. Sie wirtschaften deshalb nicht zweckmäßig; zweckmäßiges Wirtschaften ist aber vor allem: Vorsorge für die Zukunft; Ueberrajungen möglichst vorzubeugen. Das geschieht durch Arbeit: durch geistige und körperliche, durch die Umwandlung der Naturstoffe in menschlich brauchbare Güter. Anreichernde, zweckmäßige und brauchbare Güter herzustellen, ist das Ziel, auf das ein Volk und seine Führer bedacht sein müssen. Inwiefern solche Güter beschafft werden müssen, das kommt sehr auf das Klima an, und in welchem Maße Arbeit aufgewendet werden muß, das hängt ebenfalls vom Klima, dann aber auch von der Bodenbeschaffenheit, vom Stande der Wissenschaft und der Technik ab. Die Entwicklung geht dahin: den Menschen die schweren Lasten nach Möglichkeit abzunehmen und sie den Naturkräften aufzubürden, im gesamten: die Bedürfnisse mit einem möglichst geringen Aufwand zu befriedigen zu suchen.

F. A. B.

Es siegt immer und notwendig der Begeisterte über den, der nicht begeistert ist. Nicht die Gewalt der Armes, noch die Mächtigkeit der Waffen, sondern die Kraft des Gemütes ist es, welche Siege erkämpft.

für seine Mitmenschen sein soll. Die Arbeit ist nicht einfach eine Ware, die man kauft und verkauft, sondern pflichtmäßiger Dienst am Volksganzen, und bei aller Mühseligkeit das gottgewollte Mittel, sein ehrlich Brot zu erwerben, sich in Fleiß, Treue und Selbstüberwindung zu bewähren und im Bewußtsein der Bedeutung seiner Arbeit für das Wohl der Gesamtheit innere Befriedigung zu gewinnen. Darum hat jede ehrliche Arbeit auch ein Recht auf Anerkennung, und darf nicht zum Frondienst herabgewürdigt werden. Es müssen Kraft und Zeit zur Pflege des seelischen Lebens übrig bleiben.

Zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sehen wir mit ernster Sorge wieder Kämpfe entbrennen, dieart, daß sie die Volksgemeinschaft, die gegenwärtig doppelt notleidet, zu zerreißend und Deutschlands Gesundung und Aufstieg zu vereiteln drohen. Die zu gemeinsamer Arbeit verpflichteten und aufeinander Angewiesenen stehen sich vielfach fremd oder gar feindschaftlich gegenüber: Ueberhebung und Machtbewußtsein, Neid und Mißgunst, Hüben und drüben, Verhändnislosigkeit und Bitterkeit. Die letzte Quelle dieses Unheils ist auch hier der materialistische Geist, der das Leben nach Geldverdienen und Genuß einschätzt, die Einzel- und Klassenjehbüchtheit unheimlich groß werden läßt und nicht selten sogar das Gewissen des einzelnen unter den Willen der Masse oder einer Vereinigung knechtet. Solange dieser Geist herrscht, kann nicht Friede werden. Friede kommt nur aus der christlichen Einsehung des Lebens und wirklicher Brüderlichkeit.

Wir haben volles Verständnis für die äußere und innere Not der Arbeiterschaft, die vieles zerrinnen sieht, was sie geglaubt und erhofft hat, und nun auch noch von Arbeitslosigkeit und brüderlichen Sorgen bedroht ist. Sie kann sich jedoch dem nicht verschließen, was die schwere wirtschaftliche Lage von allen Volksgenossen zwingend fordert. Sie darf die Mitverantwortung für das Volksganze, dem sie als wichtiges, gleichberechtigtes Glied angehört, nicht vergessen. Aber auch von falschen Schlagworten sollte sie sich endlich frei machen, wie denen, daß das Christentum eine Partei- oder Klassenfrage sei, daß es den geistigen, sittlichen und sozialen Aufstieg hindere, und daß die Wissenschaft den Glauben unmöglich gemacht habe. Gottesglaube und Christentum sind für die Arbeiterseele genau so unentbehrlich wie für alle anderen.

Den Arbeitgebern aller Art legt die größere wirtschaftliche Macht, die sie in Händen haben, um so größere Verantwortung auf. Ist auch ihre Lage vielfach unter den obwaltenden Verhältnissen schwierig, so ist es doch eine zwingende sittliche Pflicht für sie, sich vor einer Ausnützung ihrer Macht gegenüber wirtschaftlich Schwächeren zu hüten, vielmehr bis an die Grenze der Möglichkeit Opfer zu bringen, um nicht unnötig die Arbeitszeit herauszuziehen oder den Lohn herabzudrücken. Die Arbeiter sind nicht eine Masse, die nur abgeloht zu werden braucht, sondern gleichzuachtende Volksgenossen, die um ihre soziale Gleichberechtigung ringen und ein Recht auf Anerkennung, Verständnis und Würdigung ihrer Lage und auf Berücksichtigung ihrer materiellen und seelischen Bedürfnisse haben, und denen auch die Freiheit zu gewerkschaftlichem Zusammenschluß nicht unterbunden werden darf.

Aber nicht nur das Verhältnis von Arbeitgebern und Arbeitnehmern macht uns andauernd Sorge. Wir sehen in der Betvorenheit unserer Lage viel irrende Geiseln. Die mancherlei Interessensverbände, von denen unser Volk bis in den letzten Winkel durchorganisiert ist, wahren den Egoismus des einzelnen, tragen aber die Gefahr in sich, einen Gruppenegoismus zu erzeugen, der dem Ganzen schädlich ist. Die Lasten, die wir tragen müssen, sollen wir nicht auf die Schultern des Nächsten laden, sondern „Einer trage des anderen Last“.

Das in der Kundgebung Gesagte soll nur ein Umriss dessen sein, was der Kirchentag will. Er fordert auf, daß jedermann nunmehr seine Pflicht tue, damit das Geborderte auch in die Tat umgesetzt werde.

Außer der vorstehenden allgemeinen Kundgebung nahm der Kirchentag noch eine Entschliesung zu der wichtigen Frage der Sonntagstruhe an.

Es ist von höchster Bedeutung, daß der Deutsche Evangelische Kirchentag sich mit den wichtigen Kundgebungen selbst eine starke Verantwortung öffentlich auferlegt hat, und es kann mit Sicherheit darauf gerechnet werden, daß den guten Worten die Tat folgt, auch dann, wenn nicht zu unterschätzende Gegenströmungen aus einflussreichen Lagern, die sich sicherlich bald bemerkbar machen werden, einsehen. F. Baltusch.

Allgemeine Rundschau

Englischer „Sozialismus“

Wohl um die Stärke der sozialistischen Internationale darzutun, reden die deutschen Sozialdemokraten gern von der englischen Arbeiterpartei (nicht Arbeiterpartei) als von ihrer „Bruderpartei“ und von dem Führer dieser Partei, dem derzeitigen Ministerpräsidenten Mac Donald, als von ihrem „Genossen“. Wie sehr aber dieser „Genosse“ und überhaupt die englische Arbeiterpartei sich von dem Sozialismus deutscher Prägung unterscheiden, geht aus einigen seiner neuesten Reden hervor. In seiner Raibotshaft verkündete Herr Mac Donald, der Leiter der „sozialistischen“ Regierung Englands:

Ich habe nichts dagegen, wenn meine Regierung und meine Partei sozialistisch genannt werden. Aber gefühlsmäßig liebe ich den Namen nicht. . . Treiben wir aus unserem Herzen, was herausgetrieben werden muß, den Klassenhaß. Beweisen wir, daß wir uns Hilfe für unser Volk aus jeder Klasse holen wollen. In dem Augenblick, wo der Sozialismus so eng wird, daß er nur bestimmte Klassen umfaßt, verliert er jeden Reiz für mich!

Der englische Arbeiterführer lehnt bewusst für seine Partei ab, Klassenbewegung zu sein, der deutsche Sozialismus will eben so bewusst Klassenbewegung sein!

Um 19. Juli 1924 ist der neunundzwanzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1924 fällig.

Noch interessanter ist das Bekenntnis Mac Donalds über sein Verhältnis zur Religion. In einer seiner letzten Reden sagte er:

„Heute, wie immer, stehen wir vor der Aufgabe, unsern christlichen Glauben im sozialen Leben zu verwirklichen. Aber unser Zeitalter mit all seinen Eroberungen im Reiche der Natur hat den Menschen, statt ihn zum Herrscher über die materielle Welt zu erheben, zu deren Sklaven gemacht. Wir leben in einer materialistischen Zeit, und es nützt nichts, uns mit allerlei Humbug darüber hinwegzutäuschen. Geld und kaltes Wissen gelten alles. Und doch hören wir unablässig die Stimme des Geistes, die es mag, den Zeitgeist herauszufordern. Wir sprechen von nichts mehr heutzutage als von „Erholung“, und dabei wissen die Leute nicht einmal mehr, wie einen ruhigen Sonntag zuzubringen. Wie wollte ich hoch, unser alter schottischer Sonntag lehrte unter die Menschen zurück! In einer solchen Gesellschaft würden die Menschen die festen ewigen Grundlagen wiederfinden, Charakter und Herrschaft über sich selber, um darauf ihre Kirchen und Staaten bauen zu können. Denn keine dieser Einrichtungen vermag ohne diese Charaktergrundlagen dauernd zu bestehen. Ob nun eine konservative, liberale oder Arbeiterregierung am Ruder ist, was kann sie tun für Leute, die es nur noch nach Vergnügungen verlangt, die ständig durch irgendetwas von sich abgelenkt werden müssen, die die Fähigkeit verloren haben, mit sich selber Umgang zu pflegen? Das Wesen des Christentums besteht in seiner Betonung der inneren Werte des Menschen. Wir wollen nicht Gleichheit, sondern innere Werte. Wir dürfen nur dann an die Lösung der sozialen Probleme herantreten, wenn wir uns klar bewußt sind, daß es das Geistige ist, auf das es ankommt. Was wir glauben, schafft Leben, nicht im Vergangenen, sondern im Zukünftigen.“

So spricht der „Genosse“ Mac Donald. So viel Worte, so viel katzenhafte Ohrfeigen für den deutschen Sozialismus. Ueberflüssig zu sagen, daß Mac Donald auch ein guter Engländer ist, dem die Interessen seines Landes über alles gehen. Unwillkürlich werden wir da an ein Wort des heutigen zweiten Vorsitzenden der deutschen Sozialdemokratie, des früheren U. S. P. Mannes Crispian, erinnert: „Ich kenne kein Vaterland, das Deutschland heißt. Mein Vaterland ist das internationale Proletariat.“ Bei dem religiösen Bekenntnis Mac Donalds mußten wir an den verstorbenen deutschen Sozialistenführer Bebel denken, der bekanntlich der Himmel „den Engeln und den Späher“ überlassen wollte. Weiter wurden wir an den verstorbenen „freien“ Gewerkschaftsführer Legien erinnert, der auf einer Gewerkschaftstagung die zynischen Worte sprach: „Wir sind antireligiös, weil wir vernünftige Menschen sind. Wir werden dafür zwar in der Hölle braten müssen, aber laßt uns das doch.“ Dafür hat allerdings die englische Gewerkschaftsbewegung ihre Einheit bis auf den heutigen Tag bewahrt, während die deutsche heillos zerplittert ist. Warum diese Zerplitterung in Deutschland kam, kommen mußte, bedarf nach dem Vorstehenden keiner weiteren Erläuterung.

Ein Unternehmer gegen Betriebs-einschränkungen

Um den gegenwärtigen Geld- und Absatzmangel zu entgehen, verfallen viele Unternehmer auf den bequemsten Ausweg, die Betriebe einzuschränken oder gar völlig stillzulegen. Dagegen wendet sich nach der „Lebender Zeitung“ der Vorsitzende der märkischen Klein-eisenindustrie, Herr Paul Ferd. Reddinghaus. Nicht nur im nationalen, auch im Interesse der einzelnen Firma müsse der allergrößte Wert auf eine volle Ausnutzung des Betriebes gelegt werden und eine möglichst günstige Grundlage für die Kalkulation geschaffen werden.

Wir haben bei den Verhandlungen, die mit den Arbeiterverbänden über die Erhöhung der Arbeitszeit stattgefunden haben, den Standpunkt vertreten, daß die längere Arbeitszeit und damit eine Erhöhung der Produktion notwendig sei, um die Betriebe leistungsfähig zu erhalten. Wir haben jetzt, nachdem die längere Arbeitszeit durchgesetzt ist, den Beweis zu führen, daß wir in der Lage sind, die erhöhte Produktion abzugeben und auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben, wenn wir uns nicht vor der gesamten Arbeiterschaft blamieren wollen. Ich weiß sehr wohl, daß das in sehr vielen Fällen nicht leicht ist, ich weiß aber andererseits, daß es möglich ist. Dazu ist allerdings erforderlich, daß die Selbstkostenberechnungen richtig gestellt werden, und daß nicht mit Unkostenzuschlägen gearbeitet wird, wie ich das in der Inflationszeit selbst empfohlen habe, wie es aber heute nicht mehr angebracht ist. Wenngleich es noch nicht möglich sein wird, solche Pfenningkalkulationen aufzumachen wie vor dem Kriege, so müssen wir uns doch diesen gewissenhaften Berechnungen wieder nähern. Es wird dann in den allermeisten Fällen möglich sein, Preise zu machen, die der ausländischen Konkurrenz erfolgreich begegnen können. Als Beweis dafür führe ich die neuesten weltwirtschaftlichen Statistiken an, aus denen hervorgeht, daß die Tenierung in England, Amerika und Schweden, das sind doch valutariische Länder, im Durchschnitt 60-70 Prozent beträgt, während diese in Deutschland nur etwa 30 Prozent ausmacht.

Wenn man dazu berücksichtigt, daß die Arbeits-löhne in diesen Ländern bestimmt höher als in

Deutschland sind, so muß eine Konkurrenz unserer Fertigfabrikate mit denen der anderen Länder möglich sein. Ich bin sogar der Ansicht, daß wir alles daran setzen müssen, um auch mit den normaler feindlichen Ländern, die hohe Zollsätze auf deutsche Waren erhoben haben, im Geschäftsverkehr zu bleiben; denn es kann keinem Zweifel unterliegen, daß über kurz oder lang auch für unsere Waren wieder andere Zollverhältnisse geschaffen werden müssen, und zwar auf der Grundlage der Gleichberechtigung mit anderen Ländern. Wenn nun wirklich vorübergehend nach diesen Ländern möglichst zu Selbstkostenpreisen oder gar mit Verlust geliefert werden muß, so wird das Opfer wahrscheinlich geringer sein, als wenn wir späterhin diese Gebiete neu erobern müssen. Der Verlust wird außerdem, auf den gesamten Umsatz berechnet, eine nicht zu große Rolle spielen.“

Diese Worte des Sachverständigen Herrn Reddinghaus sind im großen und ganzen eine Bestätigung des von uns immer vertretenen Standpunktes, und es ist zu wünschen, daß auch viele andere Arbeitgeber sich zu dieser Meinung bekennen.

Die Knappschaftsältestenwahlen im Ruhrgebiet

fanden am 29. Juni statt. Es ergab sich folgendes Ergebnis:

	1910	1921	1924
Gewerkschaft christlicher Bergarbeiter	53 041	61 264	61 918
Alter (sozialistischer) Verband	93 033	96 806	93 092
Polen	22 615	8 766	3 195
Unionisten, Kommunisten, Syndikalist	—	36 910	52 340
Hirsch-Dünker	2 213	—	2 795
Selbstzerplittert	4 709	—	512

„Das Ergebnis ist“, so bemerkt dazu der „Bergknappe“, „für den Gewerkschaften kein ungünstiges. Wir können damit zufrieden sein. Von einzelnen Fällen abgesehen, haben sich unsere Kameraden glänzend geschlagen und bewährt. Bei der Bewertung des Ergebnisses muß zunächst berücksichtigt werden, daß wohl 60 000 bis 80 000 weniger wahlberechtigt waren wie im Jahre 1921. Es muß ferner berücksichtigt werden, daß damals noch die im Bergbau beschäftigten Angestellten und Beamten mit für die Knappschaftsältestenwahlen, die jetzt ihre eigenen Angestellten-Ältesten wählen. Die Zahl dieser Gruppe der Wahlberechtigten wird mit 20 000 nicht zu hoch gegriffen sein. Wenn wir trotzdem unsere Stimmen noch um eine Kleinigkeit vermehren konnten, so beweist das, daß im großen ganzen unsere Kameraden ihre Pflicht und Schuldigkeit getan haben.“

Tarifbewegung

Bezirk Bochum Dachdecker

Seitdem die zentralen Tarifverhandlungen für das Dachdeckergerwerbe in den Provinzen Westfalen, Rhein- und zum drittenmale in Köln Verhandlungen statt, um eine vorläufige bezirkliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Dachdecker zu treffen.

Nach langer, schwieriger Verhandlung kam für das Dachdeckergerwerbe in den Provinzen Westfalen, Rheinland, Hessen-Nassau und Baden folgende Vereinbarung zustande:

1. Die Arbeitszeit beträgt grundsätzlich acht Stunden täglich, wöchentlich 48 Stunden.
2. Während der Dauer dieser Regelung kann in bestimmten Orten oder Gebieten, sofern sich aus dringenden Aufträgen oder sonstigen wirtschaftlichen Gründen eine Verlängerung der Arbeitszeit notwendig machen sollte, nach vorheriger Verständigung mit der gesetzlichen örtlichen Arbeitnehmervertretung (Ortsausschuß) die wöchentliche Arbeitszeit bis zu 51 Stunden ausgedehnt werden. Sollte im Ortsausschuß hierüber eine Einigung nicht möglich sein, so entscheidet hierüber die nach Ziffer 4 vorgesehene Kommission endgültig. Für diese Mehrstunden ist der tarifliche Stundenlohn plus fünf Pfennig zu zahlen.
3. Die Verteilung der Arbeiterstunden auf die einzelnen Wochentage ist der örtlichen Vereinbarung überlassen. Nach Möglichkeit wird am Sonnabendnachmittag nicht gearbeitet. Als gesetzliche Arbeitnehmer-Vertretung der Arbeitnehmer am Orte gelten die Arbeitnehmer-Beisitzer in dem zu bildenden Ortsausschuß, dem je die gleiche Zahl Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Beisitzer angehören.
4. Streitigkeiten, die sich aus dieser Regelung ergeben, werden zunächst einer paritätischen Kommission, welche aus je drei Vertretern der an dieser Vereinbarung beteiligten Verbände besteht, zur Beilegung unterbreitet. Diese Kommission entscheidet endgültig.
5. Diese Regelung wird ausdrücklich als vorläufige bezeichnet und gilt bis zum Inkrafttreten eines neuen Reichstarifvertrages.
6. Alle übrigen Fragen bleiben offen bis zum Abschluß eines Reichstarifvertrages.

Der Stundenlohn eines Dachdeckers beträgt ab 14. Juli 1924 mindestens 10 Prozent über dem jeweiligen Stundenlohn eines Maurers.

In Düsseldorf 15 Prozent, solange diese auch in Köln gezahlt werden.

Bedingung für die Annahme vorstehender Abkommen ist, daß die Streiks in Düsseldorf und Aachen bis zum 11. Juli 1924 erledigt sind.

Stollener

Am 6. Juli 1924 fand in Bochum eine gemeinschaftliche Konferenz der Vertreter der Halbeiter im rheinisch-westfälischen Industriegebiete statt, um zu der neuen Situation, die nach den ergebnislos verlaufenen zentralen Tarifverhandlungen gegeben ist, Stellung zu nehmen.

Die Kollegen Edenthal-Damburg und Schmidt-Berlin erstatteten zunächst einen eingehenden Bericht über den

Verlauf der zentralen Verhandlungen, die am 23. und 24. Juni d. J. stattgefunden haben und zum Schluß ge-

Unter anderem ging aus dem Bericht hervor, daß die Vertreter des Wirtschaftsbundes für das Holzgewerbe bei den Verhandlungen auch diesmal wieder ungeheure Schwierigkeiten machten, wie man das bisher bei den Vertretern anderer Gewerbe- oder Industriezweige in einer solchen Weise kaum wahrnehmen konnte.

Als schließlich die Vertreter der Holzgewerbe Gebären leid waren und der Kollege Odenthal den Vertretern des Wirtschaftsbundes dieserhalb Vorhaltungen machte, da regte sich besonders der Leiter der Verhandlungen, Herr von der Crappen, künstlich auf, er forderte die Zurücknahme der „Anschuldigungen“, und als dieses abgelehnt wurde, verließen die Vertreter des Wirtschaftsbundes das Lokal.

Dieser Bericht, der von den Delegierten mit größter Spannung entgegen genommen wurde, löste große Bitterung aus, welches durch zahlreiche Zwischenrufe und in der nachfolgenden Aussprache zum Ausdruck kam.

Da die zentralen Verhandlungen zu keinem Ergebnis geführt haben, forderte die Konferenz, daß für das Industriegebiet ein Bezirksrat geschaffen wird und wurden die Bezirksleiter Koch und Kaufmann beauftragt, sich sofort mit dem Vertreter des Wirtschaftsbundes in Verbindung zu setzen und bezirksliche Verhandlungen zu fordern. Letzteres ist bereits am 7. Juli d. J. geschehen.

Asphaltwerke

Die Asphaltwerke in Dortmund sind schon über ein Jahr bestrebt, sich einen neuen Tarifvertrag zu schaffen. Die Asphaltfirmen vertrödelten sie von Monat zu Monat. Am 15. März 1923 wurden durch Schiedspruch des Reichs- und Staatskommissars der Lohn und die Lohnzuschläge für das Asphaltgewerbe geregelt. Die Frage des Urlaubs wurde zur gütlichen Vereinigung an die Parteien zurückgewiesen.

Trotzdem die Asphaltfirmen dem Schiedspruch zustimmten, waren sie für eine Verhandlung zwecks Regelung der Ferien nicht zu gewinnen. Seit Monaten lehnten sie die gewünschten Verhandlungen ab mit der Begründung, sie seien dem Baugewerbeverbande beigetreten und könnten erst dann verhandeln, wenn für das Baugewerbe ein Tarifvertrag abgeschlossen sei. Erst als die Asphaltwerke Betriebsperren beschlossen hatten, erklärten sich die Firmen zur Verhandlung bereit.

Da aber die Asphaltfirmen keinerlei Entgegenkommen zeigten, wurde am 1. Juli 1924 über zwei Firmen die Sperre verhängt. Die Unternehmer beschloßen sofort die Aussperrung aller Asphaltwerke im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Dieser Beschluß wurde aber nur von je einer Firma in Dortmund und Gelsenkirchen befolgt.

Daher riefen die Unternehmer den staatlichen Schlichtungsausschuß zu Dortmund um Vermittlung an.

Dieser fällt am 7. Juli 1924, nach vergeblicher Einigung, einen Schiedspruch, aus dem wir nachfolgend die wichtigsten Bestimmungen bekanntgeben:

Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt 48 Stunden. Wo die wirtschaftlichen Verhältnisse es erfordern, sind auf Verlangen 3 Stunden in der Woche mehr zu leisten. Beginn und Ende der Arbeitszeit und der Pausen sind durch vertragliche Vereinbarungen zu regeln.

Der Stundenlohn des Asphaltarbeiters richtet sich nach dem Lohn des Maurers. Der Vorarbeiter erhält einen Zuschlag von mindestens 12 1/2 Prozent. Zu dem jeweiligen Stundenlohn werden an besonderen Zulagen bezahlt:

- a) Für Überstunden 25 v. G.
- b) Nacharbeit 50
- c) Sonntagsarbeit Arbeit an Feiertagen 100
- d) Arbeiten in dunklen, luftlosen Räumen . . . 50
- e) Anheizen der Kessel bei 2 Kessel 1 Mann 2 Stunden
3 1 Mann 3 Stunden

bei mehr als 3 Kessel 2 Mann 2 Stunden (Tariflohn)

Diese hierfür verwendete Zeit rechnet sich nicht zu der wöchentlichen Arbeitszeit.

Finger und Stempel erhalten einen Zuschlag von 10 Pfennig pro Stunde.

Bei in Säure festbaren Arbeiten in Betrieben wird die beschädigte Kleidung ersetzt.

Urlaub wird bei Fortsetzung des Lohnes gewährt für Vorarbeiter und Arbeiter, die ein Jahr ununterbrochen im Geschäft sind, 3 Tage, für jedes weitere Tätigkeitsjahr 1 Tag mehr bis zur Höchstdauer von 10 Tagen.

Dieser Tarifvertrag gilt vom 1. Juli 1924 bis zum 1. Juli 1925 und kann mit vierwöchentlicher Frist gelündigt werden.

Wird er nicht zum 1. Juli 1925 gelündigt, so setzt er sich auf unbefristete Zeit fort.

Die Bestimmungen des § 4 können mit 14tägiger Kündigungsfrist gelündigt werden.

Den Parteien wird aufgegeben, sich bis zum Mittwoch, den 16. Juli 1924 zu erklären, ob der Schiedspruch angenommen oder abgelehnt wird.

Bezirk Frankfurt a. M.

Mein. Nach mehreren vergeblichen Verhandlungen mit dem Mitteldeutschen Arbeitgeberbund wegen Lohn-erhöhung oder minderen Lohnbeibehaltung wurde der Lohn durch Schiedspruch am 3. Fig. gekürzt. Dies hatte zur Folge, daß sämtliche Bauarbeiter am 21. Juni in den Streik traten. Nach mehreren Verhandlungen und zweiwöchentlicher Dauer des Streiks wurde erreicht, daß der Lohn in vorheriger Höhe von 24 Fig. auf die Dauer von vier Wochen weitergezahlt wird.

Bau-Rundschau

Dr. Krause-Rehmer †

Dr. Krause-Rehmer, seit 20 Jahren Vorsitzender des Reichsverbandes des Deutschen Tiefbaugewerbes, ist am 29. Juni d. J. gestorben. Er hat nur ein Alter von 49 Jahren erreicht. Als es nach dem Kriege galt, für das bis dahin unter ungeordneten Verhältnissen, meist mit ausländischen Arbeitskräften, arbeitende deutsche Tiefbaugewerbe erstmalig eine tarifvertragliche Regelung zu schaffen, hat sich der Verstorbene um dieses schwierige soziale Verständigungswerk besonders bemüht. Eine aufrechte, vornehme Persönlichkeit, der auch der in anderem sozialpolitischem Lager Stehende keine Achtung nicht versagen konnte, ist mit ihm dahingegangen.

Baufragen im preussischen Landtag.

Am 6. Juli trat der Hauptausschuß des Preussischen Landtages in die Aussprache über das Wohnungsproblem ein. Die Debatte beschäftigte sich nach dem „Deutschen“ besonders mit dem Problem: „Zwangswirtschaft oder freie Wirtschaft?“

Ministerialdirektor Conze sprach sich über den gegenwärtigen Stand der Bautätigkeit im allgemeinen günstig aus. Die Baukosten betragen das Eineinhalbfache im Vergleich zum Frieden. Die Erträge der Hauszinssteuer seien bis auf 2 Millionen bereits ausgegeben worden.

Minister Girtzinger führte aus, daß die Hauszinssteuer keine soziale Steuer sein könne; die sozialen Belange müßten durch die Einkommensteuer, nicht durch die Erhebung der Hauszinssteuer geregelt werden.

Abg. Meyer-Serford (D. S. P.) forderte für die Glühfingler aus den Heimkehrslagern, die am 1. August aufgelöst werden, die Wohnungen der jetzt ins Rheinland zurückkehrenden Ausgewiesenen.

Abg. Sonnenschein (Dn.) forderte die Aufhebung der Zwangswirtschaft und kritisierte die Hauszinssteuer als höchst unsozial.

Abg. Grundmann (D. S. P.) begründete die Anträge seiner Fraktion, in denen gefordert wird, daß für die Bejeitigung der Zwangswirtschaft ein Termin festzulegen sei, daß öffentliche Gelder zur Verfügung gestellt werden im Interesse des Wohnungsbau zur Erleichterung der Zinslasten, ferner insbesondere, daß bei einer künftigen Neuordnung des Arbeitszeitrechtes mit Rücksicht auf den Saisoncharakter des Baugewerbes die Möglichkeit gegeben werde, daß in den Sommermonaten über den normalen Achtstundentag gearbeitet werden kann.

Wohlfahrtsminister Girtzinger ergriff daraufhin nochmals das Wort und legte in eingehenden Ausführungen überzerrt dar, daß ohne öffentliche Zuschüsse in absehbarer Zeit Wohnungen überhaupt nicht gebaut werden würden.

Ministerialdirektor Conze stellte mit, daß bis zum 1. Oktober 1923 48 000 Wohnungen hergestellt worden seien, außerdem 28 000 Privathäuser. Das Normalbedürfnis seien 120 000 Wohnungen jährlich, also seien im Jahre 1923 zwei Drittel dieses Bedürfnisses befriedigt.

Abg. Pöhlmer (Dn.) hat den Minister, insbesondere der furchtbaren Wohnungsnot im Bezirk Halle zu steuern. Die Gefahr der Hauszinssteuer bestehe darin, daß das ganze Finanzsystem des Staates jetzt darauf aufgebaut werde, so daß wir in Zukunft nicht mit einem Abbau, sondern mit einer Erhöhung der Hauszinssteuer würden rechnen müssen. Die Beratungen gehen weiter.

Bekanntmachung

Bezirk Münster i. W.

Auf Grund des § 10 der Satzungen und im Einverständnis mit dem Hauptverband berufen wir zu Sonntag, den 27. Juli, vormittags 10 Uhr, nach Münster i. W., im Gewerkschaftshaus, Bülk 29 eine Bezirkskonferenz

ein mit folgender Tagesordnung:

- 1. Bericht der Bezirksleitung und der Delegierten.
- 2. Bericht über den Stand der Tarifbewegung. Berichterstatter: Kollege Müller.
- 3. Wahl des Bezirksvorstandes.
- 4. Die zukünftigen Aufgaben des christlichen Bauarbeiterverbandes. Referent Kollege Wieberg-Berlin.
- 5. Erledigung der gestellten Anträge.

Die Delegierten haben ihre Mitgliedsbücher als Ausweis mitzubringen.

Der Bezirksvorstand: F. A. H. Müller.

Briefkasten der Redaktion

An mehrere Kollegen. Ihr wüßtet über die Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse, sowie über den Stand der Kämpfe im ganzen deutschen Baugewerbe laufend unterrichtet sein und wünscht zu diesem Zwecke eine Gruppe, aber erschöpfende und regelmäßige Berichterstattung in der „Baugewerkschaft“. Die bisherige Berichterstattung ergebe ein höchst unvollständiges Bild. Der Bank ist berechtigt und wird auch von der Redaktion geteilt. Diese hat ihn übrigens schon vor einigen Wochen in einem Schreiben an die Bezirksleiter und Sozialdemokraten in dringlicher Form ausgesprochen. Wenn gleichwohl berechtigter Grund zur Klage bleibt, was wir nicht bestreiten wollen, so behaupte das niemand mehr als wir selbst, aber wir sind auch unerschütterlich. Hoffentlich bewirken diese Zeilen, daß künftig Klagen dieser Art nicht mehr erhoben werden können.

Todesanzeigen. Der Name der „Baugewerkschaft“ gestattet es wieder, zu der frühesten, würdigeren Form der Todesanzeige

zurückzuführen. Wir bitten, bei jeder Todesanzeige Sterbetafel, Vererb- und Alter des Verstorbenen, sowie die Todesursache anzugeben.

Sterbetafel

Am 1. Juli starb unser altes, treues Mitglied **Bernhard Weismüller** im Alter von 39 Jahren an Blutvergiftung. Ortsgruppe **Velbert**.

Ehre seinem Andenken!

Bauproduktivgenossenschaft „Gemeinwohl“ e. G. m. b. H., Hamm i. W. Bilanz für 1923.

A) Aktiva	
1. Kassa-Konto: Bestand	1 830 420 909 910 086,-
2. Bank-Konto: Sparbücher	11 400,-
3. Kautions-Konto: Kautionen	600,-
4. Beteiligungs-Konto: Beteiligungen	1 281 445 259 975 000,-
5. Inventar-Konto: Inventar	801 160 722 209 928,-
6. Bauten-Konto: a) Materialien	3 064 210 000 000 000,-
b) Bauforderungen	20 251 344 547 630 195,51
7. Konto-Korrent-Konto: Außenstände	1 075 132 186 077 745,49
8. Depot-Konto: Schatzanweisungen	58 800 000 000 000,-
9. Mobilien-Konto: Büroräume	600 000 000 000 000,-
Zusammen	28 962 513 625 814 954,99

B) Passiva	
1. Anteil-Konto: Anteile	506 595 289 518,-
2. Darlehen-Konto: Darlehen	20 002 000,-
3. Reserve-Konto: Eintrittsgelder usw.	72 563 573 599 696,66
4. Erneuerungs-Rücklage-Konto: Provisions und Zinsen usw.	686 234 737 351,06
5. Konto-Korrent-Konto: Schulden	18 032 934 547 582 584,76
6. Steuer-Rücklage-Konto: Für rückständige Steuern	4 668 600 000 639 841,88
7. Sparkassen-Konto: Einlagen	5 194 559 799 482,-
8. Bauhilfe-Konto: Bestand	249 650 282 438,-
9. Wohlfahrts-Konto: Bestand	143 867,82
Reingewinn 1923	6 181 778 443 838 175,81
Zusammen	28 962 513 625 814 954,99

Verlust- und Gewinn-Konto.

Ausgaben	
1. Inventar-Konto: Abschreibung	400 580 361 104 964,-
2. Steuer-Rücklage-Konto: Noch zu zahlende Steuern	4 668 600 000 000 000,-
3. Unkosten-Konto: An Unkosten	17 913 906 067 920 644,19
4. Wechsel-Konto: An Verlust	50,-
5. Reingewinn	6 181 778 443 838 175,81
Zusammen	29 164 864 872 863 834,-

Einnahmen	
1. Betriebs-Konto: Brutto-Gewinn	29 108 226 286 177 574,95
2. Depot-Konto: Kurs-Gewinn	56 638 586 686 259,05
Zusammen	29 164 864 872 863 834,-

Mitgliederbewegung	
Bestand am 31. 12. 22	163 Mitglieder
Zugang bis 31. 12. 23	118
Zusammen	286 Mitglieder
Abgang bis 31. 12. 23	40
Zusammen	246 Mitglieder

Vorstehende Bilanz sowie Verlust und Gewinnkonto stimmen mit den von uns geprüften Büchern überein, was wir hiermit bescheinigen. Hamm Westf., den 31. Dezember 1923.

Bauproduktivgenossenschaft „Gemeinwohl“ Hamm e. G. m. b. H.
Aufsichtsrat: Der Vorstand.
gez. Kunz, gez. Bücher. gez. Rod, gez. Heuserer.

Bauproduktivgenossenschaft „Gemeinwohl“ e. G. m. b. H., Hamm i. W. Gold-Bilanz am 1. Januar 1924.

1. Kassa-Konto: Bestand	1 830,42
2. Bank-Konto: Bestand	—
3. Kautions-Konto: Bestand	—
4. Beteiligungs-Konto: Bestand	5 049,06
5. Inventar-Konto: lt. Inventar	2 693,40
6. Betriebs-Konto: a) Materialien	3 064,21
b) Bauforderungen	20 251,56
7. Konto-Korrent-Konto: Außenstände	1 075,13
8. Depot-Konto: 14 Dollarscheine	58,80
9. Mobilien-Konto: Büro	600,-
Zusammen	34 622,88

1. Anteil-Konto: Anteile	7 761,57
2. Darlehen-Konto: Darlehen	34,22
3. Reserve-Konto: lt. Bilanz 1923	72,56
4. Erneuerungs-Rücklage-Konto: lt. Bilanz 1923	—,69
5. Konto-Korrent-Konto: Schulden	18 032,95
6. Steuer-Rücklage-Konto: Für Steuern 1923	4 668,00
7. Spareinlage-Konto: Div. Einzahlung	599,83
8. Bauhilfe-Konto: Bestand	—,30
Reinerwüngen	3 651,88
Zusammen	34 622,88

Vorstehende Gold-Eröffnungsbilanz stimmt mit den von uns geprüften Büchern überein, was wir hiermit bescheinigen. Hamm Westf., den 1. Januar 1924.

Bauproduktivgenossenschaft „Gemeinwohl“ e. G. m. b. H. Hamm (Westf.)
Der Aufsichtsrat: Der Vorstand.
gez. Kunz, gez. Bücher. gez. Rod, gez. Heuserer.

Mitgliederbewegung	
Mitgliederbestand am 31. 12. 23	246 Mitglieder
Zahl der Geschäftsanteile am 31. 12. 23	268 Anteile
Postsumme	26 800 Goldmark
Zinszahlung der Geschäftsanteile bis 31. 12. 23	Goldmark 7 761,57

Rautabaf billig! Nur an Zahlstellen.

Ganneccker, Grimm und Triepel, Doms, Cramer, dünne, mittel-dicke Rollen und Kufeisenform; per Stück 12 Pf., Cramer 15 Pf., bei einem Mindestquantum von 250 Stk. Verpackung und Porto frei, ab Stammhaus per Nachnahme zuzüglich Nachnahmeporto. **H. Trumpeter, Lehmanne.**